

NEWSLETTER

Informationsdienst ASA e.V.

Herzlich Willkommen!

Inhalt:

- I. ASA im Dialog mit der Politik...
Medienmitteilung
- II. Bericht aus Berlin
 - Gespräch im BMJV zum Datenschutz
 - Anhörung zum Verpackungsgesetz
- III. Neues aus der Geschäftsstelle
- IV. Veranstaltung des MKULNV:
Getrennte Erfassung von Bioabfällen
- V. Gremienarbeit
- VI. Aktuelle Gesetzesänderungen
- VII. Vorankündigung zu Veranstaltungen

**Die ASA-Geschäftsstelle wünscht allen
Leserinnen und Lesern frohe Ostern!**



**Ganz besonders möchten wir Sie an dieser Stelle schon
auf unsere anstehenden Veranstaltungen hinweisen.
Eine Übersicht zu den ersten Terminen
finden Sie auf Seite 9.**

**Bei Rückfragen stehen wir Ihnen gerne unter
info@asa-ev.de oder telefonisch unter 02524 9307-180
zur Verfügung.**

Ihr ASA-Team

ASA im Dialog mit der Politik

Verpackungsgesetz führt Bundespolitiker Daldrup zur ASA ...

Bildzeile:

Trafen sich bei der ASA in Ennigerloh (v.l.): Thomas Grundmann (Vorsitzender der ASA), Bernhard Daldrup (MdB), Katrin Büscher (Geschäftsführerin ASA)



Ennigerloh. Eigentlich sollte in dieser Legislaturperiode ein neues Wertstoffgesetz kommen. Wer wissen will, warum das Gesetz nicht kommt, muss den Begriff der „stoffgleichen Nichtverpackungen“ kennen. Dahinter verstecken sich beispielsweise Kunststoffe, die eben keine Verpackung sind, aber aus gleichem Material wie diese bestehen. Davon gibt es durchaus eine Menge. Im politischen und fachlichen Streit der letzten Jahre ging es auch um die Frage, ob die Sammlung genau dieser Materialien durch die Kommunen oder durch die privaten Entsorgungsunternehmen erfolgen soll. Doch eine Einigung gab es bisher nicht.

Dieses Thema beschäftigte am 17. März auch Bernhard Daldrup, Mitglied des Deutschen Bundestages für den Kreis Warendorf, und die „Arbeitsgemeinschaft Stoffspezifische Abfallbehandlung“ (ASA e.V.), die sich in Ennigerloh trafen. Aktuell finden in diesen Tagen die Beratungen zum Verpackungsgesetz statt, erst gestern die Anhörung des Umweltausschusses des Bundestages dazu.

„Wir begrüßen, dass das Bundesumweltministerium (BMUB) die Fortentwicklung der haushaltsnahen Getrennterfassung von wertstoffhaltigen Abfällen weiterentwickeln will. Der vorgelegte Gesetzentwurf sei allerdings derzeit noch eine Diskussionsgrundlage, bei der „der Teufel im Detail steckt“, so Thomas Grundmann, Vorsitzender der ASA.

Daldrup, stellv. Mitglied des Umweltausschusses, sieht bei dem Entwurf des Verpackungsgesetzes ebenfalls noch Verbesserungsbedarf. „Ich hoffe auf eine abschließende Diskussion auf Augenhöhe, bei der die Weiterentwicklung der Stoffstromwirtschaft erreicht wird“, so der Sendenhorster.

Die ASA bedauert nach wie vor, dass es trotz jahrelanger Diskussionen nicht hinreichend gelungen sei, ein „effizientes, ökologisches und verbraucherfreundliches Gesetz zu erarbeiten“, so Katrin Büscher, Geschäftsführerin der ASA. „Die kommunalfreundliche Ausgestaltung müsse noch klarer herausgestellt werden, in der derzeitigen Fassung erhitze es die Gemüter der Kommunen“, so Daldrup. Deutlich werde dies bei der Ausgestaltung der neutralen Überwachungsbehörde, der „zentralen Stelle“. Es müsse gewährleistet sein, dass ein ausgewogenes Kräfteverhältnis von Wirtschafts- und Kommunalvertretern in den Gremien erreicht werde, führt Daldrup weiter aus. Die Positionierung rein wirtschaftlicher Interessen sei ansonsten zu befürchten, ergänzt Büscher.

Abschließend bleibt nun abzuwarten, ob es im Ergebnis einen Kompromiss geben wird, der für alle Akteure zufriedenstellend ist.

Bericht aus Berlin



Bildzeile: Anhörungsaal Berlin, Paul-Löbe-Haus

Anhörung zum Verpackungsgesetz

Am **Montag, 20. März** fand in der Zeit von die Anhörung zum Verpackungsgesetz (kurz) statt.

Liste der geladenen Sachverständigen:

- **Detlef Raphael**, Deutscher Städtetag, Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände
- **Kai Falk**, Handelsverband Deutschland e.V. (HDE)
- **Peter Kurth**, Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft e.V. (BDE)
- **Dr. Kay Ruge**, Deutscher Landkreistag
- **Herwart Wilms**, Remondis Assets & Services GmbH & Co. KG
- **Dr. Tanja Wielgoß**, Berliner Stadtreinigung (BSR)
- **Jürgen Resch**, Deutsche Umwelthilfe e.V. (DUH)

Wirtschaft und Kommunen sind nach wie vor unterschiedlicher Auffassung bei der Bewertung des Gesetzentwurfes der Regierung zu einem neuen **Verpackungsgesetz** (Drs. 18/11274). Während sich die Vertreter der Industrie (z.B. Remondis, Herr Wilms) in der Anhörung des **Ausschusses für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit** unter Leitung von **Bärbel Höhn** (Bündnis 90/Die Grünen) zu dem Entwurf am **Montag, 20. März 2017**, zufrieden zeigten, forderten die Sachverständigen von den Städten, Kommunen und Landkreisen deutliche Nachbesserungen.

Tenor der Kommunen: Verpackungsrecht anpacken

Detlef Raphael vom **Deutschen Städtetag**:

„Man habe lange nach einem Weg gesucht, wie die Kommunen die volle Sammlungsverantwortung innehaben könnten. Da sich in Gesprächen mit der Wirtschaft abgezeichnet habe, dass es dafür keine Zustimmung geben würde, sei es tatsächlich nötig, das Verpackungsrecht anzupacken. Allerdings seien in dem Entwurf die Vorschläge aus dem Verbändepapier nicht enthalten – er sei daher „so nicht zustimmungsfähig“. Bisher sei etwa nicht hinreichend verankert, dass die kommunale Seite über den Abholrhythmus bestimmen könne. Gleichzeitig könnten die bisherigen Festlegungen zu den Informationspflichten dazu führen, dass es „doppelte Informationsrechte und – pflichten“ geben könnte.“

Internationale Vorreiterrolle Deutschlands

Kai Falk vom **Handelsverband Deutschland (HDE)**:

„Man unterstütze den Entwurf und befinde sich dabei „im Boot“ mit den anderen Inverkehrbringern. Der Entwurf schaffe die Voraussetzungen dafür, dass Deutschland seine „internationale Vorreiterrolle“ halten und ausbauen könne. So werde das duale Wertstoffsystem zukunftsfähig gemacht.“

Die geplante Schaffung einer „Zentralen Stelle“ für die Marktüberwachung und den Vollzug sei der richtige Schritt. Dass die Mehrwegquote nicht angehoben werden soll, sei angesichts des vorgesehenen dauerhaften Pflichtpfands folgerichtig.“

Peter Kurth vom **Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft** lobte den Entwurf.

Bewertungen der Fraktionen

CDU/CSU:

Man wolle ambitionierte und gleichzeitig machbare Recyclingquoten und freue sich über die grundsätzliche Zustimmung der Experten – auch wenn man wie viele von ihnen eigentlich ein Wertstoffgesetz begrüßt hätte. Dass es dies nicht gebe, sei nicht die Schuld der Union (Gephardt).

SPD:

Das Gesetz bringe Planungssicherheit für die Branche und die Kommunen, stellten Abgeordnete der SPD (Thews) fest. Man werde aber das Thema Mehrwegquote „nochmal aufnehmen“.

Grüne:

Von den Grünen hieß es, es sei fraglich, woher Mehrheiten für ein Wertstoffgesetz kommen sollten, wenn nicht von den Mehrheitsfraktionen.

Die Linke:

Man habe hinsichtlich der Informationspflichten den Eindruck, es gehe darum, Kosten zu reduzieren und Nutzungsentgelte zu senken. Von den Grünen hieß es, es sei fraglich, woher Mehrheiten für ein Wertstoffgesetz kommen sollten, wenn nicht von den Mehrheitsfraktionen.

„Sowohl die Erhöhung der Recyclingquote als auch die Einführung der „Zentralen Stelle“ seien Schritte nach vorn. Er würde es begrüßen, wenn der Entwurf in seiner jetzigen Form verabschiedet würde. Vorschläge des Bundesrates etwa zu den Regelungen beim Altglas umzusetzen, wäre dagegen „ein schwerer Fehler“. Hier gebe es bereits eine „etablierte und gute Sammelstruktur.“

Kampf für ein Wertstoffgesetz

Der Kritik des Städtetags schloss sich dagegen **Dr. Kay Ruge** vom **Deutschen Landkreistag** an.

„Er hätte „lieber ein Wertstoffgesetz“ diskutiert, so der Experte, und bedauere, dass dies nicht zustande gekommen sei. Er erwarte, dass die Kritik des Bundesrats aufgegriffen werde. Bisher Sorge die Frage der Abstimmung zwischen dem dualen System und den Kommunen in der Praxis immer wieder für Streit.“

Für **Remondis Assets & Services GmbH** sagte **Herwart Wilms**:

„Auch er habe eigentlich für ein Wertstoffgesetz gekämpft, sei nun aber „dankbar“ für die höhere Quote, die das Verpackungsgesetz vorsehe. Bisher habe ihm noch niemand erklären können, warum es von der Flüssigkeit in einer Flasche abhängig sei, ob darauf Pfand erhoben werde. Grundsätzlich seien die Einwände des Bundesrates „nicht geeignet“, das Gesetz aufzuhalten.“

Experten monieren Fehler im System

Für eine grundsätzlich andere Diskussion plädierte **Dr. Tanja Wielgoß** von der **Berliner Stadtreinigung**.

„Zahlen zeigten, dass inzwischen 25 Prozent der Deutschen nicht mehr an die Abfalltrennung glaubten – und das „aus gutem Grund“. Die bisherigen Probleme seien im System „nicht kurierbar.“

Für die **Deutsche Umwelthilfe** sagte **Jürgen Resch**:

„Der Entwurf für ein Verpackungsgesetz müsse in wesentlichen Punkten nachgebessert werden. So solle etwa die Pfandpflicht auf Säfte und Nektare ausgeweitet werden, außerdem müsse es eine Kennzeichnung auf den Produkten geben.“

Investitionen in technische Innovationen und neue Anlagen

„Ziel des Regierungsentwurfs ist es unter anderem, Anreize zum einen für „Investitionen in technische Innovationen und neue Anlagen zu fördern“. Dazu ist geplant, die „bestehenden Verwertungsanforderungen für Verpackungsabfälle spürbar“ anzuheben. Die bisherigen Vorgaben zur Recyclingquote würden „in aller Regel deutlich übererfüllt“, schreibt die Bundesregierung zur Begründung.

Zum anderen will die Regierung auch Anreize in der Verpackungsproduktion setzen. Künftig sollen sich die Beteiligungsentgelte an den jeweiligen Systemen nicht mehr überwiegend an der Masse orientieren, sondern an der späteren Verwertbarkeit. Festgehalten wird weiterhin an der grundsätzlich getrennten Erfassung von Verpackungsabfällen durch die jeweiligen Systeme und stoffgleichen Nichtverpackungen, die in kommunaler Verantwortung liegen.

Nach Darstellung der Regierung ist es nicht gelungen, diese Erfassung durch ein Wertstoffgesetz zusammenzuführen.“

Dem Ausschuss vor- liegende Stellungnahme

- Stellungnahme der Deutschen Umwelthilfe
- Stellungnahme des BDE e.V.
- Stellungnahme des Bundesverbandes kommunaler Spitzenverbände e.V.



Bildzeile: v.l. Justizminister Heiko Maas, Caroline Mohr, Andre Wolf, Prof. Dr. Stöcker und Anja Heyde

„Zentrale Stelle“ geplant

„Mit dem Gesetzentwurf soll den Kommunen aber die Möglichkeit gegeben werden, gemeinsam mit den dualen Systemen entscheiden zu können, eine einheitliche Wertstoffsammlung „von Verpackungen und stoffgleichen Nichtverpackungen aus Metall und Kunststoff“ durchzuführen. Bestehende Kooperationen sollen damit laut Bundesregierung fortgeführt und neue ermöglicht werden. Die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger sollen zudem gegenüber den dualen Systemen bei Abstimmungen untereinander gestärkt werden. Der Entwurf sieht zudem Änderungen bei der Marktüberwachung und im Vollzug vor. Dazu soll eine „Zentrale Stelle“, die als eine rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts ausgestaltet werden soll, mit entsprechenden hoheitlichen Befugnissen beliehen werden. Zu deren Aufgaben gehören demnach „die Registrierung der Hersteller und Sachverständigen, die Überwachung der Branchenlösungen, die Entgegennahme und Prüfung der Mengenmeldungen der Hersteller ... und der Systeme, die Entgegennahme und Prüfung der Mengenstromnachweise der Systeme, die Berechnung der Marktanteile der Systeme sowie Einzelfallentscheidungen zu bestimmten Verpackungsarten“. Die Zentrale Stelle soll vor allem für die Marktüberwachung zuständig sein und damit die Landesvollzugsbehörden überwachen.“

Quelle: Umweltausschuss des Deutschen Bundestages

360grad. Das Debatten- und Meinungsforum im BMJV

Mit Blick auf die aktuelle Debatte um die Datenschutzgrundverordnung fand am 20. März die Veranstaltung „Zwischen Fakten, Fakes und Manipulation – Wie sichern wir die Demokratie im Netz?“ statt. Dabei ging es auch um die Frage welche Rolle der Datenschutz in Zukunft spielt.

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „360grad – Das Debatten- und Meinungsforum im BMJV“ diskutierte Bundesminister Heiko Maas zu diesem Thema mit Andre Wolf (Blogger bei „Mimikama-Verein zur Aufklärung über Internet-Missbrauch“), Prof. Dr. Christian Stöcker (Leiter des Studiengangs „Digitale Kommunikation“, Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg) und Carline Mohr (Chefin vom Dienst „Audience Development“, Spiegel Online).

Moderiert wurde die Debatte von Anja Heyde (ZDF).

Hintergrund zum Thema Datenschutz:

Die Bundesregierung plant, das Datenschutzrecht neu zu strukturieren und an europäische Vorschriften anzupassen. Das Kabinett hat dazu einen entsprechenden Gesetzentwurf beschlossen. Die Reform ist erforderlich, da Deutschland sein Datenschutzrecht bis Mai 2018 an das geänderte Datenschutzrecht der EU anpassen muss. Kernstück des Gesetzentwurfs ist die Neustrukturierung des Bundesdatenschutzgesetzes. Es ergänzt die neue europäische Datenschutz-Grundverordnung, die unmittelbar in Deutschland gilt. Bundesinnenminister Thomas de Maizière betonte: "Mit der Anpassung des Bundesdatenschutzgesetzes an die Datenschutz-Grundverordnung machen wir einen großen Schritt zur Angleichung der Datenschutzregelungen in Europa und damit zu einem harmonisierten digitalen Binnenmarkt."

Weiterlesen...

Den aktuellen Gesetzentwurf stellen wir auf Anfrage gerne zur Verfügung.

Neues aus der Geschäftsstelle...

Veranstaltung des MKULNV: Getrennte Erfassung von Bioabfällen



ASA nun auch in Berlin vertreten...



Seit dem 1. März ist die ASA nun auch in Berlin vertreten.

Sie erreichen die ASA in Berlin unter folgender Anschrift:

ASA e.V. im Hause des BAV e.V.

Schönhauser Allee 147 a

10435 Berlin

Mobil: 0151-17428680

Email: katrin.buescher@asa-ev.de

Am 28. März fand seitens des Umweltministeriums in Essen eine Veranstaltung zur getrennten Erfassung von Bioabfällen statt. Minister Remmel zog eine erste Bilanz des neuen Abfallwirtschaftsplans und verwies in seinem Grußwort auf Prof. Dr. Töpfer, der seinerzeit gesagt habe: Mit der Einführung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes sei aus Abfall ein Wertstoff geworden.

Hintergrund:

Mit dem neuen Abfallwirtschaftsplan sollen deutliche Impulse für eine noch stärkere Verwertung von Siedlungsabfällen gesetzt werden. Siedlungsabfälle sind sowohl Rohstoffquelle als auch Energielieferant und betreffen auch Bio- und Grünabfälle. Sie als Kompost zu verwenden, dient der Ressourcenschonung. Darüber hinaus trägt die Kaskadennutzung mit der Vergärung zum Klimaschutz bei. Ein Schwerpunkt des Abfallwirtschaftsplans für Siedlungsabfälle ist die getrennte Erfassung und Verwertung von Bio- und Grünabfällen. Hier liegt ein relevantes Steigerungspotential. Die im Abfallwirtschaftsplan gesteckten Ziele sollen bis 2021 erreicht werden.

Seit 2015 müssen Bioabfälle gem. Dem Kreislaufwirtschaftsgesetz getrennt gesammelt werden.

Weiterlesen...

Gremienarbeit - Fachausschuss Europa

Informationen im Nachgang der Fachausschusssitzung

Quelle: Christina Overmeyer, VKU e.V. in Brüssel

Sitzung des Fachausschusses Europa in Brüssel

Am 7. und 8. März hat der Fachausschuss Europa in Brüssel getagt. Unter der Leitung des Vorsitzenden, Günther Langer, wurde die Europäische Kreislaufwirtschaft diskutiert.

Begrüßt wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in der NRW-Landesvertretung durch Herrn Boppel. Herr Boppel ist Fachbereichsleiter „Klima, Erneuerbare Energien, Verbraucherschutz, nachhaltige Entwicklung“ in Brüssel und hat dem Fachausschuss eingangs einen allgemeinen Überblick zu der politischen Arbeit in Brüssel und zum Gesetzgebungsverfahren gegeben.

Im Anschluss an den Vortrag von Herrn Boppel war Frau Dr. Ella Stengler, Managing Director, CEWEP, zu Gast und hielt einen Vortrag zum Thema „Waste-to-Energy“. Frau Dr. Stengler machte in ihrem Vortrag deutlich, dass Entscheidungen der Kommission in diesem Bereich immer stärker von politischen und weniger von der fachlichen Seite beeinflusst würden. Hier bestünde dringender Handlungsbedarf. Es sei aber wichtig, dass man um diese Entwicklung wisse und sich daher sehr gut auf die Umstände einstellen könne.

Günther Langer und Christina Overmeyer, Referentin des VKU e.V. berichteten von den aktuellen Entwicklungen des Kreislaufwirtschaftspakts und den Forderungen des VKU e.V. Die anschließende Diskussion sollte u.a. die Frage klären, ob man ggf. - mit Blick auf die Hinweise von Dr. Stengler am Vortrag - die Öffentlichkeitsarbeit verändern könne.

Am zweiten Veranstaltungstag berichtete Frau Jenny Wiechoczek, Umweltattachée bei der Ständigen Vertretung Deutschland bei der EU, zu Ihren Aufgaben und Entwicklungen des Kreislaufwirtschaftspakts im Umweltrat.

Fazit: Insgesamt war es eine sehr interessante und aufschlussreiche Sitzung des Fachausschusses in Brüssel.

Aktueller Stand - Informationen im Nachgang des Fachausschusses:

Das EU-Parlament (EP) hat am 14. März 2017 in Straßburg seine erste Lesung zur Novellierung der Europäischen Kreislaufwirtschaft abgeschlossen und mit großer Mehrheit ökologisch ambitionierten Zielen für den Ressourcen- und Klimaschutz zugestimmt.

Der Umweltausschuss des EU-Parlaments hatte, wie zuvor berichtet, schon zu Beginn des Jahres sein Votum abgegeben. Dieses Abstimmungsergebnis lag nun zur Behandlung im Plenum vor. Mit seiner Abstimmung hat das Europäische Parlament wichtige Weichen für den europäischen Ressourcenschutz gestellt und ist der Abstimmung im Umweltausschuss weitestgehend gefolgt.

Ferner werden einheitliche Definitionen im europäischen Abfallrecht eingeführt, denn nur durch einheitliche Definitionen und Berechnungsmethoden sind die Leistungsniveaus der Mitgliedstaaten vergleichbar und können die Fortschritte im Recycling gemessen werden. Des Weiteren wurde erneut ein Änderungsantrag eingereicht, der ein Mengenkriterium in die Definition von Siedlungsabfall vorsieht. Im Vorfeld hat der VKU die Pläne der EU-Kommission abgelehnt, ein Mengenkriterium bei der Definition von Siedlungsabfall einzuführen, denn ein solches würde erhebliche Unsicherheiten bei der Festlegung der Sammelzuständigkeiten in den Mitgliedstaaten bringen, ohne dabei einen ersichtlichen ökologischen Mehrwert zu bieten. Dementsprechend begrüßt der VKU ausdrücklich, dass dieser Versuch nun auch im Plenum des Europäischen Parlaments abgelehnt und somit die Position des Umweltaus-

Aktuelle Gesetzesänderungen



schusses bestätigt wurde.

Zudem hat das Europäische Parlament die Forderungen des Umweltausschusses des EU-Parlaments, die getrennte Sammlung von Abfällen, wie Papier, Metall, Kunststoffe, Glas und auch Textilien zukünftig europaweit einzuführen, bestätigt. Insbesondere wird auf die getrennte Sammlung von biologisch abbaubaren Abfällen an der Quelle hingewiesen. Die getrennte Sammlung sei laut EU-Parlament ein wichtiges Instrument um ein qualitativ hochwertiges Recycling zu ermöglichen und einen Recyclingmarkt aufzubauen, sodass Recyclingquoten erreicht werden können. So hat das EU-Parlament auch für ambitionierte Recycling- und Deponierungsziele gestimmt. Bis 2030 sollen insgesamt 70 Prozent des gesamten Siedlungsabfalls recycelt werden, die Deponierung soll laut EP bis 2030 auf nunmehr 5 Prozent beschränkt werden.

Die Abkehr und Einschränkung der Deponie insbesondere von biologisch abbaubaren Abfällen ist eine der Kernforderungen des VKU, denn diese schafft die Grundlage für eine Kreislaufwirtschaft. Durch die Deponierung von Abfällen gehen dem Wirtschaftskreislauf große Mengen an Ressourcen für ein hochwertiges Recycling verloren. Dementsprechend sind die Einführung einer konsequenten Einschränkung der Deponierung und die getrennte Sammlung von Abfällen in allen EU-Mitgliedstaaten wirksame Maßnahmen, die die Basis für eine effektive Kreislaufwirtschaft bilden.

Da die Umsetzung der Einschränkung der Deponierung, aber auch der Recyclingziele wird für einige Mitgliedstaaten eine große Herausforderung sein wird, hat der VKU im Rahmen der Legislativvorschläge des Kreislaufwirtschaftspakets eine europäische Austausch-Plattform für „best practice“-Beispiele vorgeschlagen. Diese soll die Mitgliedstaaten und Regionen, in denen Abfallwirtschaftssysteme weniger weit entwickelt sind, bei der Erreichung der Zielvorgaben unterstützen. Das Europäische Parlament hat diesen Vorschlag aufgenommen und darauf hingewiesen, dass die regionalen und lokalen Akteure hierbei eine wichtige Rolle spielen können.

Während das Plenum des Europaparlaments seine Position zur Novellierung des europäischen Abfallrechts in erster Lesung festgelegt hat, laufen im Ministerrat die Beratungen noch. Laut maltesischer Ratspräsidentschaft werden die Trilogverhandlungen gegebenenfalls Ende Mai beginnen. Die nächste offizielle Umweltministerratssitzung wird am 19. Juni 2017 in Luxemburg stattfinden. Zuvor kommen die Umweltminister aller Mitgliedstaaten zu einem informellen Treffen am 25./26. April 2017 auf Malta zusammen.

Bis hierhin konnte der VKU wesentliche Punkte aus seiner Positionierung durchsetzen.

Energie- und Stromsteuerrecht

Am 15. Februar 2017 hat das Bundeskabinett den Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Energiesteuer- und des Stromsteuergesetzes beschlossen.

Weiterlesen...

Mit den Gesetzentwurf werden in erster Linie nationale Steuerbegünstigungen an das im Jahr 2014 novellierte EU-Beihilferecht und die EU-Energiesteuer-richtlinie angepasst. Weitere punktuelle Anpassungen des Energiesteuer- und des Stromsteuergesetzes dienen der Aktualisierung des Gesetzes und sollen Rechtsklarheit und eine einheitliche Anwendung des Gesetzes gewährleisten.

Veranstaltungshinweise

Besuchen Sie uns:

Kasseler Abfall- und Bioenergieform, 25. bis 17. April 2017, 1. OG, Blauer Saal, Stand: 65

Waste-to-Resources 2017, 16. bis 18. Mai 2017

Bildquellen:

Titelseite:
Diese Ergebnisse sind mit [Creative Commons-Lizenzen](#) belegt. Link:
<http://heut-schon-gedacht.blogspot.de/2011/04/frohe-ostern.html>
Bild S.6: BAV e.V. und Land NRW

Die Verwendung von Fotos und Inhalten ist nur nach Rücksprache mit der ASA möglich.

Der Gesetzentwurf belässt die Steuerbefreiungen für Strom aus Kleinanlagen und aus erneuerbaren Energieträgern unverändert. Sie werden mit dem Gesetzentwurf der Europäischen Kommission zur beihilferechtlichen Prüfung vorgelegt.

Erfreulich ist es, dass [die ursprünglichen Forderungen von ASA e.V., BDE e.V. und ITAD e.V.](#) zu den Themen "Eingehen in das Endprodukt" bei der thermischen Abfall-/Abluftbehandlung (§ 51 EnergieStG), Einengung der Definition "Strom aus erneuerbaren Energieträgern" (§ 2 Abs. 7 StromStG) sowie die Regelung zur kaufmännisch-bilanziellen Einspeisung von Strom in ein Netz für die allgemeine Versorgung (§ 8 lit. b) Abs. 2 StromStG) umgesetzt wurden. Der § 8 lit. b) StromStG (Steuerbefreiung von Strom aus Notstromanlagen) fehlt im neuen Entwurf nun vollständig.

Beratungen zur DüngeV

Die DüngeV wird am 31. März im Bundesrat beraten.

TA-Luft

Die ASA wird den aktuellen Entwurf prüfen und die ASA-Mitgliedsbetriebe informieren.

Aktuelle Veranstaltungshinweise:

Anzahl	Inhalt	Datum
1	Kasseler Bio- und Energieforum	25. bis 27. April in Kassel
2	Waste-to-Resources 2017	16. bis 18. Mai in Hannover
3	Fachbereich Biogene Abfälle	31. Mai in Saerbeck
4	Abfallrechtliche Grundlagen /EEG	20. Juni in Ennigerloh
5	Biogasschulung	5. September in Ennigerloh
6	Kaufm. Erfahrungsaustausch	6. September in Ennigerloh
7	Mod. Erfahrungsaustausch	12. September in Bassam (u.v.)
8	Brandschutztag	26. September in Ennigerloh

Die Termine finden Sie auch im Veranstaltungskalender. **Weiterlesen...**

Kontakt:

Geschäftsstelle der ASA e.V.
im Haus der Abfallwirtschaftsgesellschaft des Kreises Warendorf mbH
Westring 10
59320 Ennigerloh
Telefon: +49 25 24 9307 - 180
Telefax: +49 25 24 930 7- 900
Email: info@asa-ev.de
Fotos: ASA e.V./GmbH, wenn nicht anders gekennzeichnet.
Layout: Katrin Büscher, ASA e.V./GmbH